



Infoquelle: samidoun.net

Für Freiheit und Würde

1500 palästinensische Gefangene im Hungerstreik

Mit einem Massen-Hungerstreik fordern weit über 1500 palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen verbesserte Haftbedingungen. Sie verlangen u.a. eine bessere medizinische Versorgung für die rund 7000 Inhaftierten, einen Stopp der Praxis der Isolationshaft und der Administrationshaft, die es ermöglicht, Menschen monate- und jahrelang ohne Anklage und Gerichtsverfahren einzusperren. Etwa 600 Gefangene sind davon betroffen. Hunderte palästinensischer Kinder, unter ihnen 12-Jährige, sind in israelischen Gefängnissen. Palästinensische Gefangene sind in israelischer Haft täglich mit der Missachtung ihrer Rechte, Misshandlungen bis zu Folter konfrontiert.

Dies betrifft auch Kinder. Der Staat Israel verhaftet regelmäßig palästinensische Politiker, 15 palästinensische Parlamentarier sind derzeit im Gefängnis sowie Ahmad Sa'adat (Generalsekretär der PFLP) und die Fatah-Vorsitzenden Samirah Halaiqa und Marwan Barghouti.

Auch internationale Unternehmen profitieren von diesem Unterdrückungssystem, wie z.B. Hewlett Packard, das

die Datenbanken für die israelischen Gefängnisse liefert.

Die Solidarität mit den Gefangenen im Hungerstreik wächst in der palästinensischen Bevölkerung und international. Beim Generalstreik in der Westbank und Ostjerusalem am Donnerstag, 27. April, blieben Tausende Betriebe und Geschäfte geschlossen. Die Straßen waren leer. Hunderte von AktivistInnen in Gaza beteiligten sich an Solidaritätsaktionen. Obwohl die israelischen Behörden massiven Druck auf die Gefangenen ausüben mit verschärfter Isolationshaft, Verweigerung von Trinkwasser und nächtlichen Razzien bei den Hungerstreikenden, schließen sich ständig neue Gefangene an. Weltweit, auch in der Bundesrepublik, gibt es Solidaritätsaktionen. Mitglieder des Europaparlaments aus Schweden, Griechenland, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, Österreich, Dänemark und Portugal beteiligten sich an einem Solidaritäts-Sit-In für die Gefangenen. Die Bundestagsabgeordnete der Linken Annette Groth solidarisiert sich und nimmt die Bundesregierung in die Pflicht.

Zehn der 27 Forderungen lauten:

- Sicherstellen einer menschlichen Behandlung während des Transportierens von Gefangenen
- Beendigung der Vernachlässigung medizinischer Behandlung von Gefangenen
- Beendigung der Politik der Isolationshaft
- Beendigung der Politik der Administrationshaft
- Schließung des sogenannten „Ramle Gefängnishospitals“, da es für notwendige Behandlungen ungeeignet ist
- Keine Abwälzung der Kosten für medizinische Behandlung auf die Gefangenen und ihre Familien
- Gefangene müssen in Gefängnisse, Kliniken und Gerichte zurückgebracht und nicht für lange Zeiträume an Übergängen festgehalten werden
- Sanierung dieser Übergänge, um sie für eine menschliche Nutzung brauchbar zu machen, inkl. das Bereitstellen von Verpflegung
- Regelmäßige Besuche von Familienangehörigen alle zwei Wochen ohne Stornierung und Einmischung
- Geschenke an Gefangene von ihren Familien wie Bücher, Zeitungen, Kleidung, Nahrungsmittel während Besuchen ermöglichen

- **Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen**
- **Boykottiert den Apartheid- und Besatzungsstaat Israel**
- **Boykottiert die Profiteure von Apartheid, Besatzung und Unterdrückung**
- **Für die Verwirklichung der Menschenrechte der PalästinenserInnen, einschließlich der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge**

samidoun.net/2017/04/1500-palestinian-prisoners-launch-largest-collective-hunger-strike-in-years-take-action-in-support/

VisdP. Palaestiniakomitee Stuttgart c/o M. Kunkel, Rosengartenstr. 80, 70184 Stuttgart – palaestiniakomitee-stuttgart.de